

Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Bezugs-Gebühr in Dresden bei täglich zweimaliger Auslieferung monatlich M. 2.—, oder durch die Post bei täglich zweimaligem Versand monatlich M. 2.—.
Die 10spaltige 32 mm breite Zeile M. 2.—, außerhalb Geschäfts M. 1.—, Familienanzeigen, Anzeigen unter Stellen- und Wohnungsmarkt, 10spaltige Zeile und Verbreitung 2%, Buchleit., Verlagspreise laut Tarif. Auswärtige Beiträge gegen Vorauszahlung. Einzelpreis des Borsendblattes M. 1,50.

Schriftleitung und Hauptgeschäftsstelle: Marienstraße 38/40.
Druck u. Verlag von Ullrich & Reichardt in Dresden.
Postfach-Konto 1068 Dresden.

Druckanschrift: Nachrichten Dresden.
Fernsprecher-Nummer 25 241.
Für die Nachdrucke: 20011.

Nachdruck nur mit deutlicher Quellenangabe („Dresdner Nachr.“) möglich. — Unverlangte Schriftstücke werden nicht aufbewahrt.

August Förster Flügel, Pianos

Löbau (Sa.)

Verkaufsort: Dresden-A., Waisenhausstraße 8, Central-Theater-Passage

Der „vorbedachte Bankrott“ Deutschlands.

Poincaré stellt Beweisdokumente zusammen!

Paris, 19. Juli. Wie das „Echo de Paris“ mitteilt, ließ Poincaré gestern dem englischen Geschäftsträger eine Note überreichen, in der er erklärt, es sei ihm unmöglich, den Zeitpunkt seiner Reise nach London zu bestimmen, solange er nicht Kenntnis von dem Bericht des Garantienausschusses genommen habe. Das „Echo de Paris“ ist damit unzufrieden. Es will nicht recht einsehen, warum der Garantienausschuss und sein Bericht augenblicklich die Aktion der französischen Regierung beherrsche. Man könne den Bericht nicht, aber man wisse, was von ihm zu erwarten ist, jedenfalls nichts besonders Nützliches. Poincaré, tatsächliche Befehlshaber des linken Rheinufers, Kontrolle des Ruhrgebietes, das müsse man in Deutschland unternehmen. Insofern wäre es vielleicht besser gewesen, den Engländern zu sagen, daß man die Reise nach London unternehmen werde mit der vorherigen Versicherung, daß die Reparationskommission eine vorläufige Verflechtung Deutschlands feststelle.

Nach dem „Deutsche“ soll Poincaré gemeinsam mit dem Finanzminister de Launay eine Zusammenkunft machen, durch die er beweisen wolle, daß das Deutsche Reich seit Beginn dieses Jahres jeden Monat für 12 Milliarden Papiermark herausgegeben, also internatinal an der Entwertung seines Geldes gearbeitet habe. Der Bankrott sei also vorbedacht. Die Verflechtungen gegen die Vorschriften der Reparationskommission seien bewußt, so daß also auf Grund des § 18, Anhang 2, Abschnitt 8 die Alliierten das Recht hätten, also jeder für sich, gegenüber dem bankrotten Schuldner Maßnahmen zu ergreifen, die die Umstände notwendig machten. (W. T. B.)

Paris, 19. Juli. Die „Information“ schreibt in ihrem Leitartikel, sie glaube nicht, daß die französische Regierung geneigt sei, dem Beschluß der Reparationskommission zu folgen, wenn diese nicht ausdrücklich feststelle, daß die deutsche Regierung sich ihren Verpflichtungen entziehen habe. Es scheint der französischen Regierung vielmehr notwendig, daß bevor Deutschland ein neues Moratorium erhalte, Maßnahmen getroffen werden müssen, um die Wiederkehr von Ereignissen, wie die von Deutschland beabsichtigte Entwertung der Mark, die Kapitalflucht usw. zu verhindern. Eine Erklärung der Reparationskommission, die unter Bezugnahme auf den Verfall der Vertrag feierlich mitteilt, daß Deutschland seine Verpflichtungen nicht erfüllt habe, sei ein notwendiger politischer Akt.

Die Forderungen des Garantienausschusses.

Berlin, 19. Juli. Das Garantienkomitee ist von Berlin abgereist, nachdem es die zuletzt sehr scharfen Forderungen in einigen Punkten gemildert hat. Mit der Ueberreichung

der Forderungen des Garantienkomitees ist das Ersuchen der deutschen Regierung um Ermäßigung und Stundung der deutschen Zahlungsverpflichtungen in ein akutes Stadium getreten, und dieser Fragenkomplex dürfte für die nächste Zeit im Brennpunkte der Politik stehen. Obwohl das Garantienkomitee seine ursprünglichen Forderungen in manchen Punkten nicht unwesentlich abgemildert hat, bleiben die Forderungen in ihrer Gesamtheit doch noch derartig, daß mit ernstlicher Sorge der weiteren Entwicklung entgegenzusehen werden muß. In einzelnen Presemeldungen wird Bezug genommen auf einen Brief, den der Präsident des Garantienkomitees an den Reichskanzler Dr. Brüning gerichtet hat. Es wird behauptet, daß in dem Briefe die Ueberlassung von Pfändern in Gestalt von Industrieanlagen gefordert wird. Wichtig ist, daß der Reichskanzler Dr. Brüning ein Schreiben des Präsidenten des Garantienkomitees erhalten hat. Unrichtig ist dagegen, wie uns an autöndiger Stelle berichtet wird, daß in diesem Schreiben die Ueberlassung von Pfändern irgendwelcher Art gefordert wird. Die Forderungen beziehen sich im wesentlichen auf die Ausföhrung der Finanzangelegenheiten.

Zusammenritt des Außenausschusses.

Berlin, 19. Juli. Der auswärtige Ausschuss ist heute vormittag um 11 Uhr zusammengetreten, um über die Forderung der Garantienkommission zu beraten. Reichsfinanzminister Dr. Hermès wird darüber Bericht erstatten. Die Verhandlung ist vertraulich.

Unglaubliche Teuerung in Wien.

Wien, 19. Juli. Infolge der vermehrten Geldemission tritt heute, Mittwoch, den 19. Juli, eine Preissteigerung auf 2170 Kronen ein. Eine weitere Verteuerung des Brotpreises steht bevor. Die übrigen Lebensmittel, wie Fett, Zucker und Mehl, verteuern sich in der gleichen Weise. (W. T. B.)

Der Kolonienraub vom Völkerrundrat bestrift.

(Eigener Drahtbericht der „Dresdner Nachrichten“)
London, 19. Juli. Der Völkerrundrat hat sich gestern mit der Mandatsfrage beschäftigt und bekräftigte eine Reihe von Mandaten über die früheren deutschen Kolonien. Insbesondere wurde bekräftigt für Belgien ein Teil von Ostafrika, für Frankreich Französisch-Kongo und Kamerun, für Großbritannien Togo, der andere Teil von Kamerun und Ostafrika. Mit Beifall wurde eine Erklärung Balfours begrüßt, wonach die Verhandlungen zwischen Großbritannien und den Vereinigten Staaten über das Mandat hinsichtlich Palästina zu einer vollständigen Einigkeit geführt haben. Allerdings sei die mesopotamische Frage noch nicht geregelt. Graf Balfour schlug alsdann eine Resolution gegen den Mißbrauch beim Alkoholhandel vor.

Moskauer Initiative zum Rathenaumord?

Die Ansicht Lubendorffs.
General Lubendorff hatte dem „Daily Express“ auf dessen Anfrage nach der Ermordung Rathenaus mitgeteilt, daß er den Mord auf bolschewistische Initiative zurückführe. Das Blatt veröffentlicht jetzt ausführliche Darlegungen Lubendorffs, in denen er diese Ansicht begründet. Er führt an, daß unter den bei dem russischen Obersten von Freiberg vorgewandten kommunistischen Geheimrapporten ein Bericht sich befand, nach dem die Sowjetregierung ihre Berliner Vertreter angewiesen habe, unter der Maske deutscher Nationalisten in die extrem-deutschnationalistischen Organisationen bolschewistische Agenten einzuschmuggeln, die sanitätliche Mitglieder derartiger Organisationen zu Morden an Mitgliedern der deutschen Reichsregierung verleiten sollten. Diese Worte sollten die deutschen Linksparteien gegen die Rechtsparteien aufwiegeln und dadurch Maßnahmen veranlassen, die den Zwiespalt in Deutschland vertieften und schließlich den Bürgerkrieg herauszuföhrten sollten, als dessen endgültiges Ergebnis Moskau die Errichtung der Rätherrschaft erhoffte.

Während der „Kokalans“ diese Behauptungen für durchaus plausible erklärt, hält die „Voss. Ztg.“ das von Lubendorff angeführte Indizium für nicht überzeugend. Der „Vorwärts“ bezeichnet die Lubendorffschen „Entwicklungen“ als einen Teil der bewußt geföhrten deutschnationalen Entlastungsökonomie.

Zum Selbstmord der Rathenaumörder.

Berlin, 19. Juli. Ueber den Schluß der Tragödie auf Soalek wird noch gemeldet: Die Mörder zeigten sich im Laufe des Montag mehrere Male an den Turmfenstern. Die Beamten gaben Feuer auf die Fenster und dabei scheint Kern verwundet worden zu sein. Sein Kamerad hat ihn dann anscheinend später, als er keine Rettung mehr sah, erschossen und sich selbst durch einen Schuß den Tod gegeben. Nach einer Raumburger Meldung ist es nicht ausgeschlossen, daß Kern durch einen der von der Polizei abgeordneten Karabinierschüsse getödtet wurde. Im Zimmer hat man eine Menge blutgetränkter Waite gefunden, mit der Föhrer seinem Kamerad das Blut zu stillen versucht hat. Allem Anschein nach hatten die Mörder das Versteck in der Ruine Soalek nur deshalb aufgesucht, um dort das Ende der politischen Fahndungsaktion in Mitteldeutschland abzumachen und dann mit Hilfe falscher Ausweispapiere und Auslandsreise, die angeblich mit Kurieren schon von Süddeutschland

nach Köln unterwegs waren, die Fahrt fortzusetzen und das Ausland, vermutlich die Tschecho-Slowakei, zu erreichen. Man nimmt an, daß Kern die Schrottschüsse bei Entwendung von Nahrungsmitteln erhalten hat.

Das die Veron des Dr. Stein antrat, so hat man ihn sowohl wie seine Frau in Haft behalten. Am Abend wurden beide von Berliner Kriminalbeamten im Auto zur Bahn gebracht, um nach Berlin übergeföhrt zu werden. Dr. Stein gilt als Einsiedler, der nur in exklusiver Gesellschaft verkehrt. Seine Frau ist eine Dame von altem Adel, eine geborene v. Rünan, von deren Vorhaken angenommen wird, daß sie auf der Soalek gegenüberliegenden Rindelsburg deretst saßen. Politisch ist Dr. Stein wenig hervorgetreten, und in den wenigen Fällen, wo er öffentlich gesprochen hat, hat er für die Sache der Rechtsparteien geworben.

Ein eigenartlicher Autobrand.

Berlin, 19. Juli. Einer Raumburger Meldung zufolge verbrannte gestern abend 7 Uhr auf offener Straße zwischen Ebernach und Erfurt ein Personenauto. Die beiden Insassen, Männer von 30 bis 40 Jahren, haben nach Entfernung der Kennzeichen das Kraftwagen dieses liegen gelassen und sind mit dem fahrplanmäßigen Zuge nachmittags nach Erfurt weitergefahren. Die Gendarmerie vermutet, daß es sich um Helfershelfer der Attentäter auf Rathenau handelte, die nun durch die Meldung, daß sich die beiden erschossen haben, den Versuch der Befreiung Kerns und Fischers aufgegeben haben.

Der Sozialistenblock über die Vertagung der inneren Krise.

Berlin, 19. Juli. Der Allgemeine Deutsche Gewerkschaftsbund, der Allgemeine Freie Angestelltenbund, die S. P. D. und U. S. P. D. veröffentlichten einen Aufruf an ihre Mitglieder, in dem sie eine Vertagung der Vorgänge geben, die zur Bildung der Arbeitsgemeinschaft der sozialdemokratischen Fraktionen geführt hatten und ihre Haltung zur Frage der Auflösung des Reichstages rechtfertigen. Die Auflösung hätte zu einer Verschärfung der außenpolitischen Krise geführt, zu einer Erschöpfung der dringenden Lösung der Reparationsfrage. Sie hätte die wirtschaftliche Notlage infolge der politischen Unsicherheit verschärft, den Sturz der Mark beschleunigt, die Preissteigerung gefördert und so die Arbeiterkraft besonders geschädigt. Der Aufruf schließt: Aber der Kampf ist nicht abgeschlossen. Er dauert fort!

Damals und heute.

Das Zentrum.

Im Jahre 1878 war es, als die Regierung mit einem Ausnahmegezet, veranlaßt durch zwei kurz nach einander erfolgte Attentate auf den ehrwürdigen 81-jährigen Kaiser, gegen die Bestrebungen der Sozialdemokratie, die sich gegen den Bestand des Staates und der Gesellschaft richteten, vorzugehen beabsichtigte. Der erste Entwurf eines solchen Gesetzes wurde bekanntlich von der Mehrheit des Reichstages verworfen, einmal, weil es ein Ausnahmegezet darstellte und ein andermal, weil es ab irato entstanden war und sowohl die preussische Regierung, wie auch der Bundesrat in diesem Zustand der Erregung nicht genügend Zeit und Mühe daran gewandt hatten, um ein brauchbares Gezet aufzuheben kommen zu lassen. Diese Ansicht hatten die Nationalliberalen, das Zentrum, die Fortschrittler und die Sozialdemokratie vertreten. Die zweite Regierungsvorlage, die nach dem abermaligen Vordanschlag durch Mobilität der nach einer Reichstagsauflösung aus den Neuwahlen hervorgegangenen Volksvertretung zur Beratung überwiegen war, wurde gegen die Stimmen des Zentrums, des Fortschritts und der Sozialdemokratie angenommen.

Seit sind diese drei Parteien Regierungsparteien, und gerade sie, die vor Jahrzehnten unter Aufbietung aller Rhetorik gegen jedes Ausnahmegezet Stellung nahmen, dabei, weite Kreise des deutschen Volkes, die wahrlich nicht zu den schlechtesten gehören, unter eine Ausnahmegezetgebung schlimmer Art zu stellen. In dem heutigen Zentrum auch nicht das Wort seines damaligen Führers bekennt, das er im Reichstag sprach: „Diejenigen, die da glauben, mit äußeren Maßregeln eine Beweugung unterdrücken zu können, sind im großen Irrtum und kennen die Menschen nicht. Nur durch große sittliche Momente kann man das Volk zur Umkehr bringen, wenn es verirrt ist, durch den Politischen niemals.“ Das Zentrum wird eingedenk der freibethlichen und volkstümlichen Richtung, schrieb in neuen Tagen die „Germania“, welche es von jeher eingenommen hat, niemals auf Kosten der Rechte und der Wohlfahrt des Volkes sich zum Werkzeug einer nur einseitigen Interessen vertretenden Reaktion machen lassen!“ Käst sich heute das Zentrum nicht für das Verbrechen einseitiger Interessen beugen? Wie kann die heutige Zentrumskaktion ihre Stellungnahme in Einklang bringen mit ihrer damaligen Haltung, als ihr Hauptblatt schrieb: „Wir können, wiewohl wir die Gefahren, welche die sozialdemokratische Agitation birgt, nicht in Abrede stellen, in der Ausföhrung eines Verwaltungs- oder Polizeigeetzes und in der Verhängung eines Ausnahmezustandes über eine große Klasse der Bevölkerung nicht die Mittel zur Besserung unserer Lage und zur Hebung der Uebel erblicken, an welchen die Gesellschaft krankt; wir bevorzugen vielmehr eine heftige Erörterung und eine Zunahme des Klassenhasses und weitere die bürgerliche Freiheit beschränkende Maßnahmen.“ Sollte die „Germania“ heute nicht einmal auf diese ihre damaligen Schriftsätze zurückgreifen? Und wie laute doch Windstöße vom omnipotenten Staat? „Wir müssen zunächst die Lehre vom omnipotenten Staat aufgeben und müssen anerkennen, daß es Rechte gibt, die älter sind als der Staat, daß der Staat nicht der allein das Recht Erzeugende ist, daß er vielmehr nur darum da ist, um die gegebenen Rechte zu schützen, nicht aber um sie nach Willkür und nach Zweckmäßigkeitserwägungen zu modifizieren.“ Hätten alle diese Worte, die sich in helles Licht vermehren lassen könnten, für das Zentrum nur Bedeutung, als es sich in der Opposition zur Regierung Bismarcks befand, also noch keine Regierungspartei war? Oder will es heute seine Führer aus früheren Jahrzehnten verweigern und mit ihnen seine grundlegenden Anschauungen? Sein Widerstand gegen das Sozialistengesetz und sein heutiges Verlangen nach einem Ausnahmegezet zum Säuge der Republik läßt sich anders nicht erklären.

II. Die Demokraten.

Die Angehörigen der heutigen Demokratischen Partei fand man zur Zeit des Sozialistengesetzes vor allem in der Fortschrittspartei, der späteren Freikümmigen Volkspartei und der Deutschen Volkspartei, die sich aus süddeutschen Demokraten zusammensetzte. Die Volksvertreter dieser Parteigruppen hielten damals ein Ausnahmegezet für völlig unvereinbar mit ihren liberalen oder demokratischen Grundsätzen. An dieser prinzipiellen Anschauung konnte durch kein Ereignis gerüttelt werden. Und so befanden sie sich auch während der Beratungen über das Sozialistengesetz in heftigem Gegensatz zur Regierung. Man ließ sich in jenen Kreisen ganz besonders an dem äußeren Anlaß, der zu einem Ausnahmegezet führen sollte, und lehnte scharf den Erfolg eines Sondergesetzes auf Grund eines Vordanschlags ab. So schrieb die „Vossische Zeitung“: „Die Verantwortlichkeit einer nach Hunderttausenden oder je nachdem auch nach Millionen zählenden Partei für ein einzelnes Mitglied muß als gleich Null angesehen werden; sonst würde es wohl keine einzige Partei geben, die nicht durch einzelne Handlungen solcher Art von Mitgliedern über und über mit den häßlichsten sittlichen Töden und Verbrechen gebrandmarkt wäre.“ — Wie sehr sich unsere Demokraten von ihren politischen Vätern unterscheiden, beweist das folgende Wort des fortschrittlichen Abgeordneten Dr. Hänel: „Der Gesetzentwurf ist für uns vollkommen und absolut unannehmbar. Dieser Gesetzentwurf ist ein Parteigesetz, wie ich etwas Neues in der Geschichte nicht kenne. Er trägt die Tendenz des Parteigesetzes und der Parteiverfolgung, ich möchte fast sagen, in zynischer Weise an der Stirn. — Um der Parteirichtung willen wird dieses Gesetz zu einer Hinderung d-